

ristisch ist. Die DDP hat den Versailler Vertrag, das »Grundgesetz« der Republik, nie ernsthaft akzeptiert, und ihr »Demokratischer Nationalismus«<sup>5</sup> bildete eines der Einfallstore für rechtsextreme Ideologeme in gemäßigte bürgerliche Wählerschichten. Das linksliberale Überparteilichkeitscredo und das »Gesamtinteressenkonzept« (S. 265) zeigen im Grunde genommen das nie erloschene Mißtrauen gegenüber der Massendemokratie des 20. Jahrhunderts auf. Das linksliberale Demokratieverständnis war durchdrungen von den älteren liberalen Entwürfen einer weitgehend nivellierten Gesellschaft mittelständischer Produzenten und zeigte sich zu Ende der Zwanziger Jahre überaus anfällig für neokonservative ständische Ideologie. Vom parlamentarischen System Weimars war dies — gegen alle Lippenbekenntnisse — ein gutes Stück entfernt; noch weiter von modernen pluralistischen Demokratiemodellen westlicher Prägung. Nirgendwo wird das augenfälliger als in der Tatsache, daß breite linksliberale Führungsschichten die Fusion mit dem bündischen »Jungdeutschen Orden« (S. 253 ff.) nicht als einen Bruch mit ihrer angestammten politischen Vorstellungswelt empfanden, obgleich der Orden mit seinen Balleien, Großkomturen, Ordenskanzlern und Großmeistern den Gegensatz zum parlamentarischen System und zu demokratischen Organisationsprinzipien bewußt stilisierte.

Mithin fehlte es den Weimarer Linksliberalen weniger an einer Theorie, die — wie Schneider im Anschluß an Lothar Albertin formuliert — »eine vermittelnde Funktion zwischen den traditionellen Programmidealen und den praktischen politischen Erfordernissen übernehmen konnte« (S. 267); vielmehr ließen sie häufig jedes echte Verständnis für die Grundlagen und Funktionsweisen des von ihnen mitgeschaffenen politischen Systems vermissen.

Schneiders Arbeit übergeht diesen wichtigen Aspekt. Für den Autor ist die Weimarer Republik an der »Disfunktionalität des Parteiensystems« und an den »ungelösten ökonomischen Strukturproblemen« gescheitert (S. 270). Dies ist ohne Zweifel zutreffend, nur eben die halbe Wahrheit. Der Niedergang der ersten deutschen Demokratie war sicherlich auch ein Ergebnis der »Selbstpreisgabe« der Weimarer Demokraten, die allzugern der Illusion eines im Innern aller Klassenkonflikte und Interessenauseinandersetzungen entkleideten, außenpolitisch zur Großmacht erstarkten Deutschland nachhingen und darüber die unbestreitbaren Vorzüge ihrer republikanisch-parlamentarischen Ordnung vergaßen.

Ulrich Heinemann

David Abraham, *The Collapse of the Weimar Republic. Political Economy and Crisis*, Princeton University Press, Princeton/New Jersey 1981, 366 S., geb., \$ 30.00; Pb., \$ 12.00.

In Auseinandersetzung mit Forschungsthesen, nach denen die Weimarer Republik als Beispiel für die Herausbildung einer organisierten, formierten oder korporativen Gesellschaftsstruktur gelten könne, beleuchtet David Abraham mit einer detaillierten Analyse der divergierenden wirtschaftlichen und politischen Interessen wichtiger Machtgruppierungen die Bedingungen gesellschaftlicher (De-)Stabilisierung in der Weimarer Republik. Eignet den bisher vorgelegten Spezialuntersuchungen vielfach ein perspektivisch konzentrierter Zugriff auf die Politik nur eines Machtfaktors — etwa (Schwer-)Industrie, Landwirtschaft oder Arbeiterbewegung —, so berücksichtigt D. Abraham systematisch sowohl die Konflikte innerhalb von Landwirtschaft (Großagrariar/Bauern) und Industrie (Schwerindustrie/»neue« exportabhängige Industrien) als auch zwischen Landwirtschaft und Industrie sowie zwischen Industrie und Arbeiterorganisationen. Diese größtenteils auf der Basis archivalischer Quellen (ins-

<sup>5</sup> Jürgen C. Heß, »Das ganze Deutschland soll es sein«. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei, Stuttgart 1978, passim.

besondere aus dem Bundesarchiv, dem Zentralen Staatsarchiv Potsdam und dem Historischen Archiv der Gutehoffnungshütte) erarbeiteten Themenbereiche werden eingerahmt von einem Überblick über die politische Rolle unterschiedlicher Interessenblöcke sowie einem zusammenfassenden Kapitel über die Chancen einer lebensfähigen republikanisch-demokratischen Blockbildung in der Weimarer Republik.

Es zählt zu den Verdiensten der Arbeit Abrahams, daß sie die schematisierende Betrachtung, mit der im einleitenden Kapitel unterschiedliche Blockbildungen voneinander gesondert werden, in der historischen Detailanalyse aufbricht. So unterscheidet Abraham mehrere Blockbildungen, die er jeweils bestimmten Zeiträumen zuordnet. Während im »Sammlungsblock« Großgrundbesitzer und Schwerindustrielle als bestimmende Faktoren der Zeit vor 1914 genannt werden, nimmt Abraham für die Zeit von 1922 bis 1924 eine Dominanz allein der Schwerindustrie an — innerhalb eines »antisozialistischen Rechtsblocks« von Großgrundbesitzern, Bauern und Exportindustrie. Gefolgt wird diese Formation von einem »Klassenkompromißblock«, in dem die Exportindustrie bei Zusammenarbeit mit den Arbeiterorganisationen zur herrschenden Gruppe wird; diese Jahre von 1925—1930 gelten Abraham als Zeit republikanischer Stabilität mit demokratischem Potential. Für 1932 konstatiert er dann die Formierung eines »Blocks ohne Massenbasis«, in dem erneut — nunmehr dominierend — die Schwerindustrie mit Großgrundbesitz und Exportindustrie zusammengeschlossen ist. Wenn diese Blockbildungen dann dem Wahlverhalten und den parteipolitischen Koalitionsbildungen zugeordnet werden, zeigt sich (einmal mehr), daß die politische Instabilität der Weimarer Republik mit Schwäche und Auflösung der politischen Mitte einerseits, mit der Unfähigkeit der Linken zu geschlossenem Handeln andererseits zusammenhängt.

Wie gesagt, werden die eher theoretisch-schematischen Blockformationen in den Hauptteilen der Analyse auf ihre konkrete Binnenstruktur hin untersucht. Interne Konflikte in Landwirtschaft und Industrie traten jedoch — das wird deutlich — zur Abwehr sozialreformerischer Bestrebungen regelmäßig zurück; auch die Interessendivergenzen zwischen Landwirtschaft und Industrie hatten im Verhältnis zur Kontroverse mit der organisierten Arbeiterschaft stets dann den geringeren Stellenwert, wenn wirtschaftliche Krisen den Verteilungsspielraum deutlich verengten.

Besonderen Wert gewinnt die Untersuchung Abrahams wohl vor allem durch den Zusammenhang, in den er die Ergebnisse der historischen Detailanalyse rückt; dabei geht es ihm nicht nur um den Nachweis von Möglichkeiten und Grenzen einer republikanisch-demokratischen Blockbildung, sondern auch um die Klärung des Verhältnisses von Zusammenbruch der Weimarer Republik und Aufstieg des Nationalsozialismus; beachtenswert scheint vor allem das pointierte Resümee: »The collapse of the Republic and the Nazi assumption of power were by no means the same, even though many of the same actors appeared in both dramas. That no stable ruling bloc could be organized under a democratic form of state did not, of itself, indicate that a fascist solution, whatever its nature, would follow.« (S. 285) Damit wird die Frage, ob die nationalsozialistische »Machtergreifung« unter den speziellen ökonomischen und politischen Bedingungen der Weimarer Republik »zwangsläufigen« Charakters war, einer abwägenden Betrachtung unterzogen. Sowohl die differenzierte (und immer gut lesbare) als auch die weitgespannte Berücksichtigung von wirtschaftlicher Entwicklung, Wahlverhalten, Interessenorientierung der Parteien, möglichen und aktualisierten Koalitionsbildungen und vor allem der internen Struktur von wichtigen Interessengruppen machen die Untersuchung Abrahams zu einem bedeutenden Beitrag zur politischen Ökonomie der Weimarer Zeit. Das Interesse an seiner Analyse wird dadurch noch gesteigert, daß er immer wieder deutlich zu machen vermag, daß seine Fragestellung keineswegs nur für das Ende der Weimarer Republik, sondern generell für die Erhaltung einer funktionsfähigen Demokratie von zentraler Bedeutung ist.

Michael Schneider